

INFORMATIONSBRIEF

Oktober 2006

INHALT

1. Termine und Hinweise zum Jahresende
2. Sonderabschreibung ohne Ansparrücklage
3. Solidaritätszuschlag vor dem Bundesverfassungsgericht
4. Steuerliche Berücksichtigung von durch Dritte bezahlten Aufwendungen
5. Private Telefon- und PC-Nutzung
6. Haushaltsnahe Dienstleistungen auch bei Eigentümergemeinschaften
7. Verzicht auf Rentenversicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung
8. Verkauf/Entnahme eines ohne Vorsteuerabzug angeschafften PKW
9. Wohnungsüberlassung zur Abgeltung eines Zugewinnausgleichsanspruchs
10. Aufwendungen für die erstmalige Berufsausbildung
11. Vorsteuerabzug bei Umzugskosten

Allgemeine Steuerzahlungstermine im Oktober

Fälligkeit ¹	Ende der Zahlungs-Schonfrist
Di. 10. 10. Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag ²	13. 10.
Umsatzsteuer ³	13. 10.

Die Schonfrist bei Überweisungen beträgt 3 Tage; bei Zahlung per Scheck (bar) entfällt die Schonfrist.

1. Termine und Hinweise zum Jahresende

Kurz vor dem Ende eines Kalenderjahres sind regelmäßig mehr steuerliche Termine zu beachten als im Laufe des Jahres. Dem Jahreswechsel kommt aber auch im Hinblick auf steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten eine besondere Bedeutung zu. Soll ein bestimmtes steuerliches Ergebnis noch für das Jahr 2006 erreicht werden, sind die entsprechenden Dispositionen bald zu treffen. In der **Anlage** sind die wichtigsten bis Ende Dezember dieses Jahres zu beachtenden Termine und entsprechende Hinweise – auch im Hinblick auf den 1. Januar 2007 – zusammengestellt.

2. Sonderabschreibung ohne Ansparrücklage

Die Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe in Höhe von 20 v. H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 7g EStG) kann nur in Anspruch nehmen, wer bereits im Vorjahr dafür eine gewinnmindernde Rücklage (sog. Ansparrücklage) gebildet hat. Eine Ausnahme gilt für Existenzgründer im Jahr der Betriebseröffnung; diese Eigenschaft ist aber u. a. nur gegeben, wenn in den letzten fünf Jahren keine gewerblichen oder anderen Gewinneinkünfte erzielt wurden (vgl. § 7g Abs. 7 EStG).

1 Lohnsteuer-**Anmeldungen** bzw. Umsatzsteuer-**Voranmeldungen** müssen bis zum Fälligkeitstag abgegeben werden, da sonst Verspätungszuschläge entstehen können.

2 Für den abgelaufenen Monat. Falls vierteljährlich gezahlt wird, für das abgelaufene Kalendervierteljahr.

3 Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat. Falls vierteljährlich ohne Dauerfristverlängerung gezahlt wird, für das abgelaufene Kalendervierteljahr.



Wird aber z. B. ein zweiter Betrieb eröffnet, ist weder die Existenzgründereigenschaft gegeben noch hätte für Anschaffungen im Gründungsjahr (vorher) eine Ansparrücklage gebildet werden können. Der Bundesfinanzhof⁴ hat jetzt entschieden, dass auch in diesen Fällen der Betriebseröffnung die Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe in Anspruch genommen werden kann, selbst wenn die Voraussetzung als Existenzgründer nicht gegeben ist.

3. Solidaritätszuschlag vor dem Bundesverfassungsgericht

Der Bundesfinanzhof⁵ hatte entschieden, dass der Solidaritätszuschlag eine verfassungsrechtlich zulässige Ergänzungsabgabe ist. Wie bekannt wurde, ist jetzt hinsichtlich des Solidaritätszuschlags Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht⁶ erhoben worden.

Falls Einsprüche gegen die Festsetzung des Solidaritätszuschlags bereits erfolgten oder noch eingelegt werden, ist darauf hinzuweisen, dass das **Einspruchsverfahren** nunmehr unter Hinweis auf die anhängige Verfassungsbeschwerde bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts **ruht** (§ 363 Abs. 2 Satz 2 AO).

4. Steuerliche Berücksichtigung von durch Dritte bezahlten Aufwendungen

Aufwendungen, die einem Unternehmer oder Vermieter im Zusammenhang mit Einkünften entstehen, können auch dann als Betriebsausgaben oder Werbungskosten geltend gemacht werden, wenn ihm ein entsprechender Geldbetrag zuvor geschenkt oder vererbt wurde. Die Mittelherkunft ist für die steuerliche Berücksichtigung unerheblich. Dies gilt auch, wenn ein Dritter, wie z. B. ein Angehöriger, Aufwendungen für den Einkunftserzielenden übernommen hat.⁷

Beispiel:

Der Vater begleicht die Rechnung einer Autowerkstatt für eine von seiner Tochter in Auftrag gegebene Reparatur an ihrem betrieblich genutzten PKW.

Im vorliegenden Fall handelt es sich lediglich um eine sog. **Abkürzung des Zahlungsweges**. Die Aufwendungen können von der Tochter (Einkunftserzielende) steuerlich geltend gemacht werden, da es keinen Unterschied macht, ob der Vater der Tochter den Geldbetrag zuvor schenkt oder direkt eine Schuld der Tochter tilgt.

Der Bundesfinanzhof⁸ hatte entschieden, dass Aufwendungen ebenso berücksichtigungsfähig sind, wenn der Dritte **im eigenen Namen** einen Vertrag für den Einkunftserzielenden schließt und auch selbst die geschuldete Zahlung leistet (sog. **Abkürzung des Vertragsweges**).

Beispiel:

Der Vater beauftragt im eigenen Namen einen Handwerker mit der Instandsetzung einer dem Sohn gehörenden fremdvermieteten Wohnung und begleicht die auf seinen Namen ausgestellte Rechnung.

Das Gericht erkannte die Erhaltungsaufwendungen beim Sohn als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung an.

Die Finanzverwaltung⁹ will dieses steuerzahlerfreundliche Urteil allerdings **nicht anwenden**. Begründet wird dies damit, dass nicht der Einkunftserzielende (im Beispiel der Sohn), sondern der Dritte (Vater) eine vertragliche Verpflichtung eingegangen ist. Infolgedessen sei der Sohn nicht in seiner persönlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gemindert und könne die in Frage stehenden Aufwendungen nicht als Werbungskosten geltend machen.

Offen ist, ob die Auffassung der Finanzverwaltung angesichts der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs Bestand haben wird. In der Praxis ist aber vorsorglich darauf zu achten, dass die einkunftserzielende Person, die entsprechende Aufwendungen steuerlich geltend machen will, die Bestellung, Auftragserteilung bzw. den Vertragsabschluss im eigenen Namen durchführt.

5. Private Telefon- und PC-Nutzung

Die private Nutzung von betrieblichen Personalcomputern und Telekommunikationsgeräten (Telefon, Fax, Handy, Internet) ist nach § 3 Nr. 45 EStG steuerfrei. Die Steuerfreiheit gilt jedoch ausdrücklich nur für Arbeitnehmer. Das heißt, dass die private Nutzung **betrieblicher** PC und Telekommunikationsgeräte beim Arbeitnehmer nicht der Lohnsteuer- und der Sozialversicherungspflicht unterliegt. Demgegenüber müssen Unternehmer und Selbständige die private Nutzung betrieblicher PC und Telekommunikationsgeräte grundsätzlich als Entnahme versteuern. Der Bundesfinanzhof¹⁰ sieht hierin keine verfassungswidrige Ungleichbehandlung.

Die Höhe des **Privatanteils** an den Telekommunikationskosten kann z. B. anhand der detaillierten Telefonrechnungen ermittelt werden; dabei sind die Grundgebühren im Verhältnis der privaten zu den betrieblichen Gesprächskosten aufzuteilen. Die private PC-Nutzung ist „unschädlich“, wenn ihr Anteil 10 v. H. nicht übersteigt; erst bei einem höheren Privatanteil sind die Kosten aufzuteilen und die Privatnutzung ist als Entnahme zu versteuern.¹¹

4 Urteil vom 17. Mai 2006 X R 43/03.

5 Beschluss vom 28. Juni 2006 VII B 324/05; siehe Informationsbrief September 2006 Nr. 1.

6 Az.: 2 BvR 1708/06.

7 Siehe BFH-Beschluss vom 23. August 1997 GrS 2/97 (BStBl 1999 II S. 782) unter C.IV.1c), aa).

8 Urteil vom 15. November 2005 IX R 25/03; siehe auch Informationsbrief April 2006 Nr. 8.

9 BMF-Schreiben vom 9. August 2006 – IV C 3 – S 2211 – 21/06.

10 Urteil vom 21. Juni 2006 XI R 50/05.

11 Vgl. H 12.1 „Personalcomputer“ EStH.

6. Haushaltsnahe Dienstleistungen auch bei Eigentümergemeinschaften

Bei Aufwendungen für haushaltsnahe Dienstleistungen können 20 v. H., maximal 600 Euro, als Steuerermäßigung abgezogen werden; Materialkosten sind nicht begünstigt. In Betracht kommt die Steuerermäßigung z. B. für Aufwendungen für eine Putzfrau, für Schönheitsreparaturen oder für einen Gärtner und ab 2006 auch für größere Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten durch Handwerker. Voraussetzung für den Abzug ist, dass die Kosten durch eine Rechnung und den Zahlungsbeleg einer Bank nachgewiesen werden; die Zahlungen müssen also unbar erfolgen (vgl. § 35a EStG).

Die Finanzverwaltung¹² vertrat bisher die Auffassung, dass entsprechende Aufwendungen bei einer selbstgenutzten Wohnung in einer Eigentümergemeinschaft bei den Miteigentümern auch nicht anteilig begünstigt sind. Davon ist sie nun abgerückt.¹³ Kosten für die Reinigung von Gemeinschaftsflächen, aber z. B. auch für Dachreparaturen und die Errichtung und Pflege von Gartenanlagen durch selbständige Dienstleistungsunternehmen können danach anteilig durch die Miteigentümer im Rahmen der Steuerermäßigung nach § 35a berücksichtigt werden.

7. Verzicht auf Rentenversicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung

Arbeitnehmer gelten als geringfügig beschäftigt, wenn das Arbeitsentgelt aus der Beschäftigung regelmäßig nicht mehr als 400 Euro pro Monat beträgt (sog. Mini-Jobs).¹⁴ In diesem Fall ist der Arbeitnehmer versicherungsfrei in der Kranken- und Rentenversicherung und muss keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Stattdessen hat der Arbeitgeber pauschale Abgaben zu entrichten, die ab dem 1. Juli 2006 in folgender Höhe anfallen (in v. H. des Arbeitslohns):¹⁵

	Mini-Jobs in Privathaushalten	übrige Mini-Jobs
Pauschalsteuer	2 v. H.	2 v. H.
Krankenversicherung	5 v. H.	13 v. H.
Rentenversicherung	5 v. H.	15 v. H.

Geringfügig Beschäftigte können auch bei pauschaler Beitragszahlung durch den Arbeitgeber volle Leistungsansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben, wenn sie auf die Versicherungsfreiheit **verzicht**en.¹⁶

In diesem Fall braucht der Beschäftigte – statt des normalen 50%igen Arbeitnehmeranteils – lediglich die Differenz zwischen dem derzeit geltenden Regelbeitrag (19,5 v. H.) und dem vom Arbeitgeber zu tragenden Pauschalbeitrag zu zahlen. Vorteilhaft ist dies vor allem für Arbeitnehmer, die nicht in Privathaushalten beschäftigt sind; diese können so mit einem **Eigenbeitrag** von (19,5 v. H. \div 15 v. H. =) **4,5 v. H.** des Arbeitslohns volle Leistungsansprüche erwerben.

Beispiel:

A arbeitet als geringfügig Beschäftigter gegen ein monatliches Arbeitsentgelt von 400 € als Bedienung in einer Gastwirtschaft. Nachdem A auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichtet hat, ergeben sich folgende monatliche Rentenversicherungsbeiträge:¹⁷

Arbeitgeber (15 v. H. von 400 €):	60 €
Arbeitnehmer (4,5 v. H. von 400 €):	18 €

Der Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit muss **schriftlich** gegenüber dem Arbeitgeber erklärt werden. Die Erklärung wirkt nur für die Zukunft ab dem Tag nach der Abgabe und gilt für die gesamte Dauer der geringfügigen Beschäftigung. Bei einem Wechsel des Arbeitgebers muss ggf. wiederum eine Verzichtserklärung vorgelegt werden. Die Erklärung wirkt auf den Beginn der geringfügigen Beschäftigung zurück, wenn sie innerhalb von zwei Wochen nach Aufnahme der Beschäftigung abgegeben wird. Eine Verzichtserklärung ist auch möglich, wenn die geringfügige Beschäftigung neben einer (sozialversicherungspflichtigen) Hauptbeschäftigung ausgeübt wird.

8. Verkauf/Entnahme eines ohne Vorsteuerabzug angeschafften PKW

Unternehmer können Gegenstände, die teils unternehmerisch (mindestens 10 v. H.) und teils nichtunternehmerisch genutzt werden (z. B. PKW), insgesamt ihrem Unternehmen, insgesamt dem nichtunternehmerischen Bereich oder anteilig (entsprechend der geschätzten unternehmerischen Nutzung) ihrem Unternehmen zuordnen. Die Zuordnungsentscheidung wird regelmäßig durch Geltendmachung des Vorsteuerabzugs vorgenommen. War bei der Anschaffung

12 BMF-Schreiben vom 1. November 2004 – IV C 8 – S 2296 b – 16/04 (BStBl 2004 I S. 958), Rz. 8.

13 Vgl. OFD Karlsruhe vom 10. Juli 2006. So auch FG Baden-Württemberg, Urteil vom 17. Mai 2006 13 K 262/04 (EFG 2006 S. 1163).

14 §§ 8, 8a Sozialgesetzbuch IV.

15 Gegebenenfalls zuzüglich der Umlage für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Für geringfügig Beschäftigte in **Privathaushalten** ist seit dem 1. Januar 2006 ein Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung in Höhe von 1,6 v. H. abzuführen.

16 § 5 Abs. 2 Satz 2 Sozialgesetzbuch VI.

17 Bei Verzicht auf die Rentenversicherungsfreiheit bei geringfügiger Beschäftigung ist mindestens ein Arbeitsentgelt von 155 Euro/Monat zugrunde zu legen, was für den Beschäftigten einen monatlichen **Mindestbeitrag** in Höhe von 6,98 Euro ergibt (§ 163 Abs. 8 Sozialgesetzbuch VI).

eines PKW kein Vorsteuerabzug möglich, weil das Fahrzeug von einer Privatperson erworben wurde, so kann z. B. durch die Versteuerung der privaten PKW-Nutzung auf die vollständige Zuordnung zum Unternehmen geschlossen werden.

Der spätere **Verkauf** eines dem Unternehmen zugeordneten PKW unterliegt regelmäßig der Umsatzsteuer,¹⁸ und zwar unabhängig davon, ob bei der Anschaffung der Vorsteuerabzug möglich war oder nicht.

Wird der PKW jedoch aus dem Unternehmen entnommen, unterliegt die **Entnahme** nur dann als unentgeltliche Wertabgabe der Umsatzsteuer, wenn der PKW oder seine Bestandteile¹⁹ zum Vorsteuerabzug berechtigt haben (vgl. § 3 Abs. 1b Satz 2 UStG). Das bedeutet, dass bei der Entnahme eines ohne Vorsteuerabzug angeschafften PKW keine Umsatzsteuer anfällt. Eine anschließende Veräußerung ist dem privaten Bereich zuzuordnen und unterliegt ebenfalls nicht der Umsatzsteuer.²⁰ Das gilt grundsätzlich auch für Personengesellschaften.²¹ Wenn eine GbR einen ohne Vorsteuerabzug angeschafften PKW einem ihrer Gesellschafter schenkt, bleibt diese unentgeltliche Wertabgabe ohne umsatzsteuerliche Auswirkungen. Anschließend kann der Gesellschafter den PKW privat ohne Umsatzsteuer verkaufen. In diesen Fällen ist darauf zu achten, dass die Vorgänge anhand der Aufzeichnungen und Verträge eindeutig nachvollzogen werden können.

9. Wohnungsüberlassung zur Abgeltung eines Zugewinnausgleichsanspruchs

Bei Auflösung des ehelichen Güterstandes der Zugewinnngemeinschaft ist grundsätzlich der Ehegatte, dessen Vermögen während des Bestehens der Zugewinnngemeinschaft stärker gestiegen ist, gegenüber dem anderen Ehegatten ausgleichspflichtig. Vereinbaren die Ehegatten einen Ausgleich nicht in Geld, sondern durch Überlassung einer Wohnung zur Nutzung, stellt sich die Frage nach der steuerlichen Behandlung.

Grundsätzlich ist die unentgeltliche Überlassung einer Wohnung steuerlich nicht relevant. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung liegen auch dann nicht vor, wenn eine Wohnung im Rahmen einer Unterhaltsvereinbarung dem (früheren) Ehegatten überlassen wird.²² Bei einer Überlassung zur Abgeltung einer Zugewinnausgleichsforderung wird allerdings steuerlich ein entgeltlicher Vorgang angenommen. In dem Umfang, in dem sich die Zugewinnausgleichsforderung vermindert – in der Regel in Höhe des Mietwertes der Wohnung –, wird ein (jährlicher) Zufluss von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung unterstellt.²³ Aufwendungen im Zusammenhang mit der Wohnung können dabei als Werbungskosten berücksichtigt werden.

Dieses sollte bei Vereinbarungen über den Zugewinnausgleich berücksichtigt werden.

10. Aufwendungen für die erstmalige Berufsausbildung

Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2004 ist die steuerliche Behandlung von Ausbildungskosten neu geregelt worden.²⁴ Danach sind Aufwendungen für die eigene Berufsausbildung bis zu 4.000 Euro im Kalenderjahr als **Sonderausgaben** zum Abzug zugelassen (§ 10 Abs. 1 Nr. 7 i. V. m. § 12 Nr. 5 EStG).²⁵ Mit dieser Neuregelung hatte der Gesetzgeber auf die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs reagiert, wonach Aufwendungen für Bildungsmaßnahmen als **Werbungskosten** abzugsfähig sind, sofern eine berufliche Veranlassung gegeben ist. So sind u. a. Kosten für ein berufsbegleitendes **Erststudium** als Werbungskosten anerkannt worden.²⁶ Auch die Kosten für ein Erststudium im Anschluss an das Abitur sind vom Bundesfinanzhof²⁷ zum Abzug als Werbungskosten zugelassen worden. Allerdings ist diese günstige Rechtsprechung – wie oben dargelegt – nur noch für Veranlagungszeiträume bis 2003 maßgebend; ab 2004 sind derartige Aufwendungen bis zur Höhe von 4.000 Euro als Sonderausgaben abzugsfähig.

11. Vorsteuerabzug bei Umzugskosten

Seit April 1999 ist der Abzug von Vorsteuerbeträgen, die auf Umzugskosten für einen **Wohnungswechsel** entfallen, gesetzlich ausgeschlossen (vgl. § 15 Abs. 1a Nr. 3 UStG). Da diese Vorschrift gegen EG-Recht verstößt, wird sie – im Vorgriff auf eine beabsichtigte Gesetzesänderung – von der Finanzverwaltung nicht mehr angewendet.²⁸ Das bedeutet, dass Vorsteuerbeträge, die auf Umzugskosten für einen Wohnungswechsel entfallen, grundsätzlich abziehbar sind. Betroffen ist z. B. der Wohnungswechsel eines Unternehmers anlässlich einer Betriebsverlegung oder der dienstlich veranlasste Umzug seines Arbeitnehmers.

18 Ausnahme z. B. Kleinunternehmer und Unternehmer, die ausschließlich steuerfreie Umsätze ohne Vorsteuerabzugsmöglichkeit tätigen (Ärzte usw.).

19 Zum Begriff der „Bestandteile“ vgl. BMF-Schreiben vom 26. November 2004 – IV A 5 – S 7109 – 12/04 (BStBl 2004 I S. 1127).

20 BFH-Urteil vom 31. Januar 2002 V R 61/96 (BStBl 2003 II S. 813).

21 Siehe dazu BFH-Urteil vom 2. März 2006 V R 35/04.

22 In diesem Fall kommt ggf. der Abzug im Rahmen des Realsplittings (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG) beim Überlassenden und der Ansatz von sonstigen Einkünften beim Nutzenden in Betracht (vgl. H 10.2 EStH).

23 Vgl. BFH-Urteil vom 8. März 2006 IX R 34/04 (BFH/NV 2006 S. 1280).

24 Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und anderer Gesetze vom 21. Juli 2004 (BStBl 2005 I S. 343).

25 Aufwendungen zur Weiterbildung in einem ausgeübten Beruf bzw. zur Wiederaufnahme des Berufs sind als (vorgegenommene) Werbungskosten oder Betriebsausgaben abzugsfähig (vgl. R 34 LStR).

26 BFH-Urteil vom 17. Dezember 2002 VI R 137/01 (BStBl 2003 II S. 407).

27 Urteil vom 20. Juli 2006 VI R 26/05.

28 Vgl. BMF-Schreiben vom 18. Juli 2006 – IV A 5 – S 7303 a – 7/06.